

Hessischen Bündnisse gegen CETA & Co

1. Macht Ihre Partei CETA zum Thema bei der Hessischen Landtagswahl?

Ja. Freihandelsabkommen sind aus Sicht der Freien Demokraten ein, vor allem für die wirtschaftliche Entwicklung Hessens, wichtiges Thema. Deshalb positionieren wir uns auch zum Thema Freihandelspolitik und CETA.

2. Wird Ihre Partei als möglicher Koalitionspartner der neuen Hessischen Landesregierung auf ein NEIN oder eine Enthaltung bei der CETA-Abstimmung im Bundesrat bestehen?

Nein. Die Freien Demokraten Hessen unterstützen das Handelsabkommen CETA zwischen der Europäischen Union und Kanada und fordern die vollständige Ratifizierung durch Deutschland.

CETA bietet eine große Chance für die weitere positive Entwicklung der Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und Kanada. Kanada ist ein strategischer Partner für Deutschland und Europa, uns verbinden eine enge Zusammenarbeit sowie gemeinsame Werte und Interessen. Die Europäische Union und Kanada können auf eine langjährige handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zurückblicken. Trotzdem bestanden vor CETA noch zahlreiche Hindernisse und somit viele Möglichkeiten für eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen. CETA sieht zum Einen vor, dass rund 98 Prozent der Zölle zwischen beiden Volkswirtschaften abgebaut werden. Nach Schätzungen der Europäischen Kommission werden europäische Unternehmen – derzeit etwa 70.000 Unternehmen, davon sind fast 80% kleine und mittelständische Unternehmen – infolge des Zollabbaus jährlich rund 590 Millionen Euro einsparen können. Zudem gewährleistet CETA europäischen und kanadischen Investoren bessere und verlässlichere Bedingungen und erleichtert auch hessischen Unternehmen den Zugang zu öffentlichen Aufträgen in Kanada.

Auf der anderen Seite enthält CETA an verschiedenen Stellen auch Klauseln, die das Recht zur Regulierung („Right to regulate“) festschreiben, auch wenn dies von Kritikern zu Unrecht in Abrede gestellt wird. Damit wird sichergestellt, dass die Europäische Union bzw. deren Mitgliedsstaaten oder Kanada auch zukünftig gesetzliche Regelungen zum Beispiel in den sensiblen Bereichen der Daseinsvorsorge erlassen können, ohne dass dies eine Verletzung von CETA oder eine Schadenersatzpflicht begründen würde.

Ein auch für zukünftige Freihandelsabkommen wichtiger Aspekt ist die Schaffung eines ständigen Investitionsschiedsgerichts. Mit den in CETA enthaltenen Regelungen wurden viele Kritikpunkte aus der Praxis entkräftet. So wird das „Recht öffentlicher Stellen auf Regulierung“ und genaue Investitionsschutzstandards festgeschrieben und somit Unklarheiten, die zum Missbrauch oder zu exzessiven Auslegung der Standards einladen, vermieden. Zudem werden Qualifikation und

Berufungsdauer der ständigen Richter sowie die Verfahrensregeln neu geregelt oder spezifiziert. Aus Sicht der Freien Demokraten ist die Weiterentwicklung des Investitionsschutzes durch das ständige Investitionsschiedsgericht zu begrüßen. Dies ist ein erster Schritt zu einem internationalen Handelsgerichtshof.